

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Klaus von Dohnanyi,
Erster Bürgermeister der
Freien und Hansestadt
Hamburg, weist auf die
bundespolitische Bedeutung
der Hessen-Wahl hin: Ge-
gengewicht zur Wende
schaffen. Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB, Stellvertretende Vor-
sitzende der SPD-Bundes-
tagsfraktion, zur in der
Union beginnenden Rake-
ten-Diskussion: Überfäll-
ig. Seite 2

Dr. Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, zu Justiz-
minister Engelhards Aus-
sagen zum Scheidungsrecht:
Unklar und unverbindlich.
Seite 3

Dieter Rogalla MdEP, Mit-
glied im EP-Ausschuß für
Energie und Forschung, zur
Kohlepolitik der Europä-
ischen Gemeinschaft: Wett-
bewerbsfähigkeit kann nicht
allein Grundlage sein.
Seite 5

36. Jahrgang / 183

23. September 1983

Ja zu Börner, Nein zur Wende

Die Hessen können ein Gegengewicht zur Politik der
Bundesregierung schaffen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Am Sonntag wird in Hessen gewählt. Diese Wahl ist bedeut-
sam, nicht nur für Hessen, sondern auch für die Politik
in der Bundesrepublik insgesamt. Hessen hat mit seinem
Ministerpräsidenten Holger Börner einen Regierungschef,
der für die Zukunft dieses Landes geradesteht und sich
energisch für Arbeitsplätze einsetzt und sich der drast-
ischen Beschneidung von sozialen Leistungen und der Ein-
schränkung demokratischer Freiheiten entgegenstemmt. Die
hessische Politik hat das Zusammenwirken von Wirtschafts-
wachstum und Umweltschutz gerade in letzter Zeit besonders
deutlich gemacht. Dies erfordert klare Mehrheiten im Parla-
ment. Mit den Grünen war diese Politik nicht durchzusetzen.
Hier liegen Ursache und Bedeutung dieser Wahl.

Die Wähler in Hessen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie
die konservative Bonner Wende nachvollziehen oder ein Ge-
gengewicht gegen die Politik der Bundesregierung schaffen
wollen. Sie müssen wissen, daß ein weiterer Schritt zur
Wende überwiegend zu ihren Lasten ginge, und daß nur ein
Wahlerfolg der Sozialdemokraten Hessens die Chance gibt,
die Entwicklung aufzufangen und eine gerechtere Verteilung
der Lasten der wirtschaftlichen Krise zu erreichen.

Eine neuerliche Stärkung der Bundesregierung durch eine
hessische CDU-Regierung könnte den eingeschlagenen Kurs
nur forcieren. Dieser Kurs gefährdet nicht nur die Rechte
der sozial Schwächeren. Auf längere Sicht werden auch die
Stärkeren ohne klare industriepolitische Zielsetzung ihre
Arbeitsplätze nicht halten können. Ein Wahlerfolg für Hol-
ger Börner, für eine sozialdemokratische Regierungsmehr-
heit in Hessen, ist ein notwendiger Weg zur Stabilität in
unserem Land.
(-/23.9.1983/ks/rs)



Überfällig

Die Raketen-Diskussion hat die CDU erreicht

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Eigentlich war das seit langer Zeit überfällig:

- Da mühen sich immer größere Teile unserer Bevölkerung mit dem NATO-Doppelbeschuß,
- da lehnen immer mehr Menschen die Stationierung neuer gefährlicher Atomraketen entschieden ab,
- da warnen Techniker und Informatiker vor der Unkontrollierbarkeit von Raketen systemen mit immer kürzeren Vorwarnzeiten,
- da erheben Kirchen und Bischöfe aller Konfessionen warnend ihre Stimme, und Ärzte zeigen auf, daß in einem thermo-nuklearen Krieg die Überlebenden die Toten beweinen werden.

Und das alles sollte an der CDU vorbeigehen? Das sollte eine nach offiziellem Eigenverständnis "christliche Volkspartei" auf Dauer unberührt lassen?

In letzter Zeit, verstärkt durch das Buch des CDU-Mitgliedes und Journalisten Franz Alt, scheint diese Friedhofsruhe abzubrockeln. Die Anzeichen mehren sich: Da äußern sich Gruppen der Jungen Union kritisch zur Nachrüstung, da stellen CDU-Mitglieder in Mutlangen einen Info-Stand für "ihre" CDU und gegen die Raketen auf, da geben CDU-Mitglieder in öffentlichen Versammlungen ihre abweichende Haltung zu erkennen, seit einiger Zeit sammelt eine Gruppe innerhalb der CDU Unterschriften gegen die Raketen; diese Gruppe ist jetzt mit einem offenen Brief an alle CDU/CSU-Abgeordnete des Bundestages herangetreten und fordert sie auf, den Doppelbeschuß abzulehnen und der Regierung Kohl die Zustimmung zur Raketenstationierung unmöglich zu machen.

Wie verhält sich nun die CDU-Leitung? Nimmt sie die Auseinandersetzung auf? Führt sie die notwendige Diskussion? Vom Vorsitzenden Kohl ist nichts zu sehen und zu hören. Daß man die Entwicklung jedoch sieht, daß man sie ernst nimmt, eine Diskussion innerhalb der CDU aber auf alle Fälle vermeiden will, das zeigen andere Reaktionen: Heiner Geißler, der mit seinen hemmungslosen, aber genau kalkulierten Ausfällen gegen Andersdenkende immer dann so auftritt, als sei er seiner Partei konzessionierter Verleumder vom Dienst, wenn es gilt, von wunden Punkten der eigenen Seite abzulenken, schwingt jetzt auch in Sachen Frieden einen immer größeren Hammer: Nach der üblen Beschimpfung von Friedensbewegung und Pazifisten sind jetzt zum Auftakt der regierungsamtlich unterstützten Propagandawalze der CDU in Sachen Raketen die Sozialdemokraten an der Reihe.

Heiner Geißler beleidigt und beschimpft in Demokratie schädlicher Weise - aber er erzeugt damit genau den öffentlichen Lärm, den er zu brauchen meint, um die Unruhe im CDU-Lager zu übertönen.

CDU-Sprecher Weißkirchs offizielle Äußerung von gestern bestätigten diesen Eindruck. Ein seltsames Verständnis von Demokratie und der Aufgabe von Parteien in unserer Demokratie zeigt sich da.

Man kann gespannt sein, man wird genau beobachten müssen, ob CDU-Abgeordnete, ob CDU-Mitglieder dies einfach so hinnehmen. (-/23.9.1983/bgy/rs)

+ + +



Unklar und unverbindlich

Zu Justizminister Engelhards Aussagen zum Scheidungsrecht

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesjustizminister Engelhard hat am 21. September 1983 in Berlin vor dem Rechtsausschuß des Bundesrates eine Überarbeitung des Scheidungsfolgenrechts angekündigt. Wörtlich erklärte der Minister: "(Im Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht) ... gilt es vor allem, den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen und Mißbräuche und Mißbrauchsmöglichkeiten im Scheidungsfolgenrecht zu beseitigen, die sich bekanntlich bei der Geltendmachung von Ansprüchen gezeigt haben."

Soweit Herr Engelhard die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts umsetzen will, kann er dafür nicht getadelte werden: Dies gehört zu seinen Aufgaben.

Seine Äußerung über die Beseitigung von angeblichen Mißbräuchen und Mißbrauchsmöglichkeiten im Scheidungsfolgenrecht bleibt allerdings unklar und widersprüchlich.

Einerseits versichert er, das Zerrüttungsprinzip solle nicht aufgegeben werden, andererseits - so steht es in den Koalitionsvereinbarungen - sollen die Ursachen für die Zerrüttung einer Ehe im Scheidungsfolgenrecht mitberücksichtigt werden. Was anderes ist dies als die Wiedereinführung des Schuldprinzips?

Wie verträgt sich Engelhards Forderung nach mehr Einzelfallgerechtigkeit mit der völlig undifferenzierten Aussage von Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 5. Mai 1983, auch beim Recht des Versorgungsausgleichs sollten in Zukunft die Ursachen für die Zerrüttung einer Ehe eine Rolle spielen? Der Justizminister sollte auch einmal erläutern, was er konkret mit den "Mißbräuchen und Mißbrauchsmöglichkeiten" meint, die sich "bekanntlich" gezeigt hätten. Auch diese Aussage erschöpft sich in Unverbindlichkeiten und klärt nicht, was eigentlich gemeint ist.



Rechtsmißbräuche können nicht durch neue Gesetze, sondern nur die Rechtsprechung selbst verhindert werden. Die Familiengerichte haben bei der Verhinderung derartiger Mißbräuche in der Vergangenheit schon Erfolge erzielt. Wenn Herr Engelhard jedoch meint, das geltende Scheidungsfolgenrecht habe in Teilbereichen zu überzogenen finanziellen Auswirkungen zu Gunsten der Berechtigten geführt, so soll er das offen sagen. Er muß dann aber auch klarstellen, wessen Ansprüche auf Unterhalt und Versorgung in welchen Fällen er begrenzen oder ausschließen will.

Die Wiedereinführung des Schuldprinzips im Scheidungsfolgenrecht, die die Regierungskoalition plant, wird auf den energischen Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion stoßen.

Von Bundesjustizminister Engelhard hätte man eigentlich nach mehr als elfmonatiger Amtszeit konkretere Aussagen zur künftigen Rechtspolitik im Familienrecht erwarten können. Stattdessen wiederholt er lediglich - teilweise wörtlich - die dürren und wenig konkreten Ankündigungen des Koalitionspapiers und der Regierungserklärung vom 5. Mai 1983.

Die Kontinuität der Rechtspolitik, die er sich selbst bescheinigt, ist die Kontinuität des Unverbindlichen, Unklaren und Unbestimmten. (-/23.9.1983/ks/rs)

+ + +



Gegen Hektik in der Kohlepolitik

Wettbewerbsfähigkeit kann nicht allein Grundlage der EP-Politik sein

Von Dieter Rogalla MdEP

Mitglied im EP-Ausschuß für Energie und Forschung

Ich bin gegen jede Form übereilter Maßnahmen in der Kohlepolitik der Gemeinschaft. Als Berichterstatter für ein Programm der Kommission im Bereich der Kohle und anderer fester Brennstoffe sowie eines Finanzierungsvorschlages für Investitionen im Bergbau und die Haldenunterhaltung stelle ich fest, daß von einem Vorrang der Kohle in der Energiepolitik der Gemeinschaft bis heute überhaupt keine Rede sein kann. Der Kumpel wurde bisher insoweit an der Nase herumgeführt. Dieses muß sich ändern, zumal die Internationale Energieagentur in Paris für 1990 eine erhebliche Steigerung des Kohleverbrauchs voraussagt. Hektische Maßnahmen werden nur auf dem Rücken des Bergmanns ausgetragen. Sie sind deshalb abzulehnen.

Die meisten Mitglieder des Ausschusses für Energie und Forschung haben mir in dieser Haltung zugestimmt. Sie betonten unter anderem, daß es bisher nicht gelungen ist, eine Brücke zwischen den vier kohleproduzierenden Ländern der Gemeinschaft (Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Belgien) und den anderen Gemeinschaftsländern herzustellen. Alle an diesem Prozeß Beteiligten, einschließlich der Kommission, haben hierzu bisher noch nicht alles Mögliche getan. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kohle allein kann nicht Grundlage europäischer Kohlepolitik sein. Hier müssen auch einmal die Devisenausgaben miteinander verglichen werden, einerseits für das sich ständig verteuernde Öl und andererseits für die Kohlegewinnung.

Auf jeden Fall sind die Beschäftigungsprobleme ernster zu nehmen als bisher. Wenn sich in einem Land der Gemeinschaft, wie zum Beispiel letzters in Italien, Mehrbedarf an Kohle ergibt, muß dafür zunächst auf einheimische europäische Kohle und nicht auf zusätzliche Einfuhren zurückgegriffen werden.

Der EP-Ausschuß für Energie und Forschung beabsichtigt, die Vorschläge der Kommission für die Finanzierung der Halden zu unterstützen, wenn sichergestellt ist, daß es sich hier um ein mittelfristiges Programm von mindestens 15 Jahren handelt.

Bei allen möglichen Anpassungsmaßnahmen muß es endlich gelingen, dem Kumpel die Furcht vor plötzlicher Arbeitslosigkeit zu nehmen und Schließungen ganzer Zechen zu vereiteln.

